

Liebe Leserinnen und Leser!



Deutschland steckt im Ausbildungsstau. Inzwischen fehlen weit über 150 000 Lehrstellen. Nur die Hälfte aller Jugendlichen hat überhaupt noch die Chance, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu erhalten – und die Lücke wächst weiter. Denn diejenigen, die beim Bewerbungsmarathon leer ausgehen, müssen sich im nächsten Jahr erneut bewerben. Im letzten Jahr machten diese so genannten Altbewerberinnen und -bewerber bereits mehr als die Hälfte aller Bewerbungen aus. Wer keinen Ausbildungsplatz ergattert, landet in der Regel in einem Übergangssystem – im Klartext: in einer Warteschleife. Für die Statistik der Bundesagentur gelten diese Jugendlichen dann als »versorgt«. Dabei können diese Maßnahmen eine qualifizierte Ausbildung nicht ersetzen. Andere Jugendliche wiederum melden sich nach unzähligen Bewerbungsverfahren einfach nicht mehr bei der Bundesagentur, rutschen in die Arbeitslosigkeit oder nehmen ohne Ausbildung einen Job an – in den meisten Fällen schlecht bezahlt und so gut wie gar nicht abgesichert. Ausbildung ist ein Grundrecht. Dieses Recht muss im Grundgesetz verankert werden. Dafür setzt sich DIE LINKE ein. Denn wer keine qualifizierte Ausbildung bekommt, der hat auch schlechte Berufs- und Zukunftschancen. DIE LINKE streitet für einen Kurswechsel in der Berufsbildungspolitik. Parlamentarische Initiativen allein jedoch werden nicht ausreichen. Nur gemeinsam können wir die katastrophale Ausbildungssituation in der Öffentlichkeit skandalisieren und den nötigen Druck für einen Politikwechsel, für mehr Ausbildungsplätze und eine bessere Ausbildungsqualität aufbauen. Mit diesem Folder wollen wir Euch über die anhaltende Ausbildungsmisere und unsere Alternativen in der Berufsbildungspolitik informieren. Wir laden Euch ein, mitzudiskutieren und mitzukämpfen!

Mit solidarischen Grüßen,
Nele Hirsch,
Bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE

Der Ausbildungspakt bleibt ein Placebo

Die Bundesregierung weigert sich beharrlich, die Betriebe per Gesetz in die Pflicht zur Ausbildung zu nehmen. Stattdessen verabschiedet sie ständig öffentlich finanzierte Notprogramme und hält an dem mit den Arbeitgebern geschlossenen Ausbildungspakt fest. Dieser wurde bereits vor drei Jahren von der Bundesregierung – von Schröder (SPD) und Fischer (Grüne) – ins Leben gerufen und setzt lediglich auf die Selbstverpflichtung der Unternehmen. Die Zahlen aber belegen: der Pakt ist ein Scheitern in Serie. Nur noch 23 Prozent der Betriebe in der Bundesrepublik bilden aus. Weniger als die Hälfte der Bewerberinnen und Bewerber kommt noch im betrieblichen Ausbildungssystem unter, jede und jeder Fünfte eines Jahrgangs landet nach der Schule in einer Warteschleife. Von den Jugendlichen mit Migrationshintergrund erhält sogar nur jede beziehungsweise jeder Dritte eine Lehrstelle.

Die Umlage: Wer nicht ausbildet, soll zahlen!

DIE LINKE fordert gemeinsam mit den Gewerkschaften eine gesetzliche Ausbildungsplatzumlage. Statt wirkungsloser Versprechen bedarf es endlich bindender Abkommen. Alle Betriebe, Unternehmen

oder Verwaltungen, die sich nicht an der Ausbildung junger Menschen beteiligen, sollen in einen Fonds einzahlen. Aus diesem Fonds werden diejenigen Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber unterstützt, die ausbilden und neue Lehrstellen schaffen. Unternehmen, die von den Fachkräften profitieren, aber nicht ausbilden, werden dafür zur Kasse gebeten.

Ausbildung ist ein Grundrecht

Bereits 1980 hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass für ein auswahlfähiges Angebot, das Voraussetzung für eine freie Berufswahl ist, die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze 12,5 Prozent über der Zahl der Bewerberinnen und Bewerber liegen müsste. Von dieser Zielmarke ist die Bundesrepublik weit entfernt. Denn für ein auswahlfähiges Angebot fehlen sogar über 200 000 Ausbildungsplätze. Die Berufswahl prägt den Lebensweg wie kaum eine andere Entscheidung. Die Politik muss deshalb die Voraussetzungen dafür schaffen, dass junge Menschen ihre Berufswünsche auch realisieren können.

Seit einem Jahr bildet die Fraktion DIE LINKE im Bundestag Stefan Krabbes zum Bürokaufmann und Anna Bornmann (Mitte) und Jessica Klaws zu Bürokauffrauen aus.



Geschlechtergerechtigkeit im Ausbildungssystem

Junge Frauen haben es – trotz meist besserer Schulleistungen – sehr viel schwerer in das betriebliche Ausbildungssystem zu kommen als ihre männlichen Mitbewerber. Diese machen fast zwei Drittel der Auszubildenden im dualen System aus. Die »typischen Frauenberufe« werden dagegen vielfach in der vollzeitschulischen Ausbildung erlernt und deshalb nicht vergütet oder sind sogar gebührenpflichtig. DIE LINKE fordert deshalb, dass die Berufsberatung stärker gegen tradierte Geschlechterrollen vorgeht. Das Ziel: die gezielte Förderung junger Frauen während der Ausbildung und die Aufwertung der klassischen Frauenberufe.

Ausbildung braucht Qualität

DIE LINKE will mehr Qualität in der Ausbildung. Der Ausbildungsstau führt nicht zuletzt dazu, dass die, die eine Ausbildung haben, in vielen Branchen zunehmend mit schweren Ausbildungsmängeln konfrontiert sind: Viele Auszubildende müssen ausbildungsfremde Tätigkeiten leisten, die fachliche Anleitung ist mangelhaft oder die Vereinbarungen aus dem Ausbildungsplan werden schlichtweg nicht eingehalten. Andere hingegen müssen sich wiederum mit Schmalspurausbildungen abfinden. Deshalb muss das Parlament gesetzliche Regelungen und Vorschriften beschließen, die Betriebe mit Ausbildungsmängeln mit wirksamen Sanktionen belegen. Schmalspurausbildungen bieten Jugendlichen keine nachhaltige Berufsperspektive und werden von der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

Nicht ausbildungsreif?

Immer wenn neue Negativrekorde auf dem Ausbildungsmarkt in die Öffentlichkeit kommen, behaupten Bundesregierung und Unternehmensverbände, dass viele Ausbildungssuchende einfach nicht ausbildungsreif seien. Sie meinen, dass mehr als 50 Prozent der Bewerberinnen und Bewerber

schulisch so schlecht ausgebildet seien, dass sie eine Ausbildung nicht schaffen würden. Bei aller Kritik an unserem Schulsystem ist es jedoch absurd anzunehmen, dass die 500000 Unternehmen, die zusätzlich ausbilden könnten, nur deshalb keine Lehrstellen anbieten, weil sie keine geeigneten Bewerberinnen und Bewerber finden. Die Schuld für die Ausbildungsmisere darf nicht den Jugendlichen in die Schuhe geschoben werden. Richtig ist vielmehr, dass sich die Unternehmen auf Kosten der Jugendlichen aus der Ausbildungsfinanzierung stehlen und die Bundesregierung aus SPD und CDU/CSU diesen Interessen bereitwillig nachgegeben hat.

Schutzrechte sind kein Ausbildungshemmnis!

Einige Politikerinnen und Politiker wie auch die Wirtschaftsverbände nutzen die Ausbildungsmisere, um immer wieder neue Angriffe auf den Jugendarbeitsschutz oder die Ausbildungsvergütungen zu fahren. Der Abbau der Rechte von jungen Arbeitnehmerinnen und -nehmern wie auch die Absenkung der Vergütungen soll angeblich mehr Lehrstellen ermöglichen. DIE LINKE kämpft dagegen, dass die Ausbildungsverweigerung der Unternehmen und die Reformunwilligkeit der Politik auf dem Rücken der jungen Menschen ausgetragen werden. Wir kämpfen für den Ausbau und eine bessere Wirksamkeit des Arbeitsschutzes. Wir streiten für Ausbildungsgehälter, die eine eigenständige und würdevolle Lebensführung ermöglichen.

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22 75 11 70, Fax: 030/22 75 61 28
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P. Ulrich Maurer, MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer
Redaktionsschluss: 24. September 2007

Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de

Für mehr und bessere Ausbildung

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

